

# Die Wartburg.

Deutsch-evangelische Wochenschrift

Organ für amtliche Rundgebungen des Zentralauslasses zur Förderung der evangelischen Kirche in Oesterreich, des Deutsch-evangelischen Bundes für die Ostmark (Oesterreich), des Luthervereins.

Begründet von Geh. Kirchenrat D. Friedrich Meyer in Zwettau und Konsistorialrat D. R. Eckardt in Meuselwitz (S.-M.). Verlag: Arwed Strauch in Leipzig.  
Schriftleiter: Pfarrer Lic. Frd. Hochstetter, Berlin-Nordend, Post Berlin-Niederhöfenhausen [für das Deutsche Reich], Pfarrer Otto Kiedel, Klosterneuburg (Oesterreich) [für Oesterreich]. Zusendungen sind zu richten in reichsdeutschen und allgemeinen Angelegenheiten an Pfarrer Lic. Frd. Hochstetter, in österreichischen Angelegenheiten an Pfarrer Otto Kiedel, für die Verwaltung (Bezug und Versand), sowie für Anzeigen und Beilagen an Arwed Strauch, Verlag in Leipzig, Hospitalstr. Nr. 28. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 5.15 M., den Buchhandel 5.— M., in Oesterreich bei der Post 7 K., bei den Niederlagen 7 K. Unter Kreuzband vom Verleger fürs Deutsche Reich 5.65 M., für Oesterreich 8 K., fürs Ausland 6.65 M., vierteljährlich. — Einzelne Nummern 40 Pf. — 60 h. — Anzeigenpreis 60 Pf. für die 4-gespaltene Kleinzeile. Stellengesuche und -Angebote 30 Pf. Bei Wiederholungen Nachlaß laut Plan. Erteilte Aufträge können weder angehalten noch zurückgezogen werden. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und bestimmten Plätzen wird keine Gewähr geleistet. Zurückweisung von Anzeigen, die zur Aufnahme nicht geeignet erscheinen, behält sich der Verlag vor.

Postzeitungspreislifte fürs Deutsche Reich Seite 422, für Oesterreich Nr. 5067. — Scheckkonto Nr. 103847 beim k. k. Postsparkassen-Amt in Wien.

Nr. 9/10.

Leipzig, 12. März 1920.

19. Jahrgang

## Altes und Neues

### An die deutsche Nation!

Es hängt von euch ab, ob ihr das Ende sein wollt und die letzten eines nicht achtungswürdigen und bei der Nachwelt gewiß sogar über die Gebühr verachteten Geschlechtes, bei dessen Geschichte die Nachkommen — falls es nämlich in der Barbarei, die da beginnen wird, zu einer Geschichte kommen kann — sich freuen werden, wenn es mit ihnen zu Ende ist, und das Schicksal preisen werden, daß es gerecht sei; oder ob ihr der Anfang sein wollt und der Entwicklungspunkt einer neuen, über alle eure Vorstellungen herrlichen Zeit und diejenigen, von denen an die Nachkommenschaft die Jahre ihres Heiles zähle. Bedenkt, daß ihr die letzten seid, in deren Gewalt diese große Veränderung steht. Ihr habt die Deutschen als Eins nennen hören; ihr habt ein sichtbares Zeichen ihrer Einheit, ein Reich und einen Reichsverband, gesehen oder davon vernommen; unter euch haben noch von Zeit zu Zeit sich Stimmen vernehmen lassen, die von dieser höheren Vaterlandsliebe begeistert waren. Was nach euch kommt, wird sich an andere Vorstellungen gewöhnen; es wird fremde Formen und einen anderen Geschäfts- und Lebensgang annehmen; und wie lange wird es noch dauern, daß keiner mehr lebe, der Deutsche gesehen oder von ihnen gehört habe?

Was von euch gefordert wird, ist nicht viel. Ihr sollt es nur über euch erhalten, euch auf kurze Zeit zusammen zu nehmen und zu denken über das, was euch unmittelbar und offen vor den Augen liegt. Darüber nur sollt ihr euch eine feste Meinung bilden, derselben treu bleiben und sie in eurer nächsten Umgebung auch äußern und aussprechen. Es ist die Voraussetzung; es ist unsere sichere Ueberzeugung, daß der Erfolg dieses Denkens bei euch allen auf die gleiche Weise ausfallen werde; und daß, wenn ihr nur wirklich denkt und nicht hingehet in der bisherigen Achtlosigkeit, ihr übereinstimmend denken werdet; daß, wenn ihr nur überhaupt Geist euch anschafft und nicht in dem bloßen Pflanzenleben verharren bleibt, die Einmütigkeit und Eintracht des Geistes von selbst kommen werde. Ist es aber einmal dazu gekommen, so wird alles übrige, was uns nötig ist, sich von selbst ergeben.

Dieses Denken wird denn auch in der Tat gefordert von jedem unter euch, der da noch denken kann über etwas offen vor seinen Augen Liegendes, in seiner eigenen Person. Ihr habt Zeit dazu; der Augenblick will euch nicht übertäuben und überraschen; die Akten der mit euch gepflogenen Unterhandlungen bleiben unter euren Augen liegen. Legt sie nicht aus den Händen, bis ihr einig geworden seid mit euch selbst! Lasset, o lasset euch ja nicht lässig machen durch das Verlassen auf andere oder auf irgend etwas, das außerhalb euer selbst liegt, noch durch die unverständige Weisheit der Zeit, daß die Zeitalter sich selbst machen ohne alles menschliche Zutun vermittels irgend einer unbekannten Kraft!

Sichte.

## Vom Werden der Volkskirche

### 6. Die Kirchenfrage in der preussischen Landeskirche.

(Schluß)

Man war daher aufs höchste überrascht und aufs peinlichste berührt, als die Preussische Landesversammlung am 20. März 1919 bei Beratung der vorläufigen preussischen Verfassung, der „Notverfassung“, in deren § 5 auch die Frage des landesherrlichen Kirchenregiments von sich aus provisorisch regelte und die Rechte des Königs bis zum Erlaß der künftigen Verfassung auf drei von der Staatsregierung zu bestimmende Staatsminister evangelischen Glaubens übergehen ließ. Hier zeitigte die Tatsache, daß der bisherige königliche Träger dieser Rechte in Preußen, im Unterschied z. B. von dem badischen Großherzog, vor seinem Scheiden nichts über deren Verbleib bestimmt hatte, und die andere Tatsache, daß die preussische Landeskirche in den dazwischenliegenden fünf Monaten beim volkskirchlichen Verfassungsbau so gut wie gar nicht sichtbar vorangekommen war, eine üble Folge. Angesichts dieser Tatsache war die Landesversammlung des offenbar guten Glaubens, daß die Kirchengewalt im Interesse einer geregelten Rechtsnachfolge erst einmal auf die Regierung als die Erbin auch der anderen königlichen Befugnisse übergegangen sei, und daß die Landesversamm-

lung den Uebergang des Kirchenregiments auf die Kirche selber nicht etwa als stillschweigend schon geschehen sofort aussprechen könne, sondern daß dieses Recht erst auf kirchliche Instanzen weiter übertragen werden könne, wenn sich die Kirche solche neuen wirklich volkskirchlichen Instanzen geschaffen habe! Man empfand diese Lösung, wie Professor D. Rade, der Antragsteller, noch jüngst in seiner „Christlichen Welt“ beim Rückblick auf die letztjährige preußische Kirchenpolitik äußerte, als gewiß nicht ideal, und gibt zu, daß die preußische Landeskirche damit im Gegensatz zur Verfassungsentwicklung des 19. Jahrhunderts wieder einen ungleich stärkeren staatskirchlichen Charakter erhalten hat. Vergewaltigen wollte man jedoch die Kirche keineswegs, obwohl die kirchlichen Organe ihrerseits auf Grund des vorhandenen kirchlichen Rechtsgefühls und der berechtigten starken kirchlichen Selbständigkeits Hoffnungen jene Notregelung als Vergewaltigung empfanden und als Schmälerung der erstrebten Selbständigkeit empfinden mußten. Der Evangelische Oberkirchenrat hat denn auch sofort am 26. März v. J. bei der Staatsregierung Verwahrung „gegen den Eingriff des Staates in die kirchlichen Grundrechte“ eingelegt, und der preußische Generalsynodalvorstand hat am 2. April eine Eingabe an die verfassunggebende Versammlung beschlossen, ihr eingehende Rechtsgutachten überreicht und um Revision des Beschlusses gebeten. Im Blick auf die damit beginnende kirchliche Protestbewegung, die ihrem Umfang und ihrer Heftigkeit nach an die gegen Adolf Hoffmann gerichtete Bewegung erinnert, wird einem deutlich, mit welchem wachsenden Unmut gegen die heutige demokratisch-sozialistische Regierung sich nicht nur die konservativ-kirchlichen Kreise erfüllten, sondern wie dieser Unwille bis weit in die liberal-kirchlichen Kreise hineinreichte, — ja man muß sagen: hineinreicht. Denn die Folgezeit hat die Konflikte nicht gemindert und gemildert, sondern neue Reibungen geschaffen. Die Reibungspunkte waren stets dieselben, schon im Vorstehenden charakterisierten, vor allem das Problem Kirchenregiment und Staatseinmischung, die Frage, ob Generalsynode als verfassunggebende Instanz oder eigene Landeskirchenversammlung, und die Frage, ob Urwahlen oder mehr oder weniger gemildertes Stiebsystem. Das sind die auch heute noch umstrittenen Fragen; und während in der erstgenannten Frage sich eine ziemlich einheitliche Meinung herausgebildet hat, fehlt leider in den anderen Verfassungsfragen bis heute die notwendige kirchliche Einheitsfront.

Der Evangelische Oberkirchenrat war redlich bemüht, auf dem Wege des Kompromisses diese kirchliche Einheitsfront zu schaffen; aber was dabei herauskam, fand weder rechts noch links noch bei der Staatsregierung Zustimmung, brachte also nicht die Beruhigung, die es schaffen sollte. Angesichts der synodalen und konservativ-kirchlichen Protestbewegung gegen die Urwahlen glaubte der Oberkirchenrat in seinen gemeinsamen Beratungen mit dem Generalsynodalvorstand über die Neuordnung der Kirche insbesondere auf die Beruhigung jener Kreise Bedacht nehmen und aus dem Entwurf des Vertrauensrats das ihnen Anstößigste herausnehmen zu müssen. Sein neuer Entwurf eines Kirchengesetzes betr. eine

außerordentliche Kirchenversammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung, der im September v. J. bekanntgegeben wurde und auf der zu berufenden Generalsynode beraten werden sollte, ersetzte den Gedanken der allgemeinen Urwahlen durch den „Gemeindegedanken“, wonach die neu zu wählenden kirchlichen Gemeindeförperschaften und nicht die einzelnen Kirchenmitglieder an den Wahlen zur verfassunggebenden Kirchenversammlung beteiligt werden sollten. Ein zweiter Gesetzentwurf enthielt dementsprechend ein neues kirchliches Gemeindegewahlgesetz, das bei diesen Wahlen zu den Gemeindeförperschaften die modernen Ansprüche zu erfüllen bemüht ist. In ihm werden z. B. die Gemeindevertretungen vergrößert, indem den Gemeinden von 200 bis 500 Seelen zwölf Vertreter zugemessen werden, eine Zahl, die mit der Größe der Gemeinden steigt bis zur Höchstzahl von 60. Den Gemeinden von mehr als 24 000 Seelen werden für die Wahlen zur Verfassunggebenden Kirchenversammlung Zusatzstimmen gewährt, und zwar für jedes angefangene Mehr von je 2000 Seelen sechs solcher Zusatzstimmen. Die großen Gemeinden sollen auf diese Weise davor bewahrt werden, durch die gewaltige Uebersahl von kleinen und kleinsten Landgemeinden erdrückt zu werden — eine Gefahr, die freilich nicht beseitigt ist. Diese Wahlen zu den Gemeindeförperschaften sind auch unmittelbar und geheim, — wenn keine Wahlvorschläge eingehen, nach dem einfachen Mehrheitsystem, andernfalls nach dem Verhältniswahlverfahren zu gestalten. Aber die verfassunggebende Kirchenversammlung soll nun nicht unmittelbar vom Kirchenvolk, sondern mittelst dieser neugebildeten Gemeindeförperschaften gewählt werden, im übrigen nach den Grundsätzen, die der Vertrauensrat aufgestellt hatte, sodaß auch dessen oben erwähnte Drittelung übernommen ist. Mit diesem vorgeschlagenen Wahlmodus war man in den zuvor beunruhigten Kreisen im wesentlichen einverstanden, auch mit der Verhältniswahl, die ja bereits 1914 von der Eisenacher Kirchenkonferenz zwecks Schutzes der kirchlichen Minderheiten durchberaten und gutgeheißen worden ist, und der man um so eher zustimmen konnte, als in Aussicht gestellt wurde, daß die noch zu erlassende Wahlordnung ihre Durchführung nicht durchweg nach den Grundsätzen des politischen Wahlrechts, sondern namentlich für die Wahlen zu den Gemeindeförperschaften nach besonderen kirchlichen Gesichtspunkten regeln würde.

Auch einem zweiten Punkt, der in den vorgelegten Entwürfen gelegentlich geregelt war, stimmte man natürlich mit besonderer Freude zu, daß nämlich die Rechte des landesherrlichen Kirchenregiments, an deren provisorischer Uebertragung auf die drei evangelischen Staatsminister man so großes Uergernis genommen hatte, nun, wie es in § 1 der ersten Vorlage hieß, bis zum Inkrafttreten der künftigen Verfassung auf den Evangelischen Oberkirchenrat unter Mitwirken des Generalsynodalvorstandes übergehen sollten. Weithin begrüßte man die Aussicht mit Freude, daß die drei Minister, deren Zusammenwirken mit der Generalsynode nach bisher geltendem Recht für jedes zu erlassende Kirchengesetz nötig wäre, fortfallen sollten, bevor die gesamte neue Verfassung zu verabschieden wäre, so daß diese neue Ver-

fassung, wie der Oberkirchenrat in seiner Begründung sagt, ein rein kirchliches Werk sein wird, ausschließlich von kirchlichen Instanzen beschlossen.

Doch gerade dieser Punkt sollte zu einem neuen, scharfen Konflikt mit der Staatsregierung den Anlaß geben, da diese hierin eine einseitige, kirchliche Lösung der vorliegenden Frage ohne Verständigung mit den staatlichen Instanzen, einen Vorstoß der Kirche gegen einen geltenden Verfassungsparagraphen sah, sodaß sie die synodalen Verhandlungen über die Gesetzesentwürfe schon deswegen glauben zu müssen, auch wenn nicht der übrige Inhalt des Gesetzesentwurfes über die Landeskirchenversammlung Anlaß zu Bedenken gegeben hätte, — wie der Kultusminister es schon am 21. Juli in seinem Urteil über die ihm vorgelegten Entwürfe formulierte: Bedenken „vom Standpunkt der Staatsinteressen und auch von dem des allgemeineren Interesses der religiös gesinnten evangelischen Bevölkerung, die ja zum größten Teil nicht kirchlich-konservativ gesinnt ist“. In der Tat haben sich ja auch die kirchlich-liberalen Kreise infolge des in den Vorlagen ausgesprochenen Verzichtes auf die Urwahlen zur Kirchenversammlung mit diesen Entwürfen nicht einverstanden erklären können. Und sie wurden weiter dadurch beunruhigt, daß man auf kirchlich-konservativer Seite und in einflussreichen synodalen Kreisen auch nach dem großen Entgegenkommen, das jene Entwürfe zeigten, nicht aufgehört hat, nun auch noch darauf zu drängen, daß die Neuordnung der Verfassung durch die Generalsynode selbst und nicht durch eine unter Ausschaltung der Synoden gewählte gesetzgebende Versammlung vollzogen werde. Das zeigt, daß auch die kirchlich-konservativen Kreise durch das Kompromißprodukt noch nicht beruhigt waren, und das beunruhigte anderseits ständig die weiter linksstehenden und alle wirklich volkskirchlich interessierten Kreise, die dauernd der Gefahr ausgesetzt blieben, daß eine unter den alten Verhältnissen nach dem Stiebsystem gewählte Synode, die von der wirklichen Zusammensetzung des Kirchenvolks infolge ihres unzulänglichen Zustandekommens nicht im mindesten ein zutreffendes Bild gibt und keinerlei Minderheitenschutz, Verhältnismäßigkeit u. dergl. kennt, nun endgültig von sich aus über die Zukunft der Landeskirche unter Beiseiteschiebung auch der dringendsten Reformwünsche entscheiden könnte! Angesichts dieser Haltung auf konservativ-kirchlicher Seite hat man zunächst schon gleich nach dem Dresdener Kirchentag den engeren Zusammenschluß aller Freunde der freien Volkskirche gepflegt. Man hat eine ausgedehntere Propaganda für die Urwahlen begonnen und in Berlin W. 57, Potsdamer Str. 90, eine „Geschäftsstelle für kirchliche Urwahlen“ geschaffen, die Unterschriften für eine die Urwahlen fordernde Eingabe an die Generalsynode veranlassen und sammeln soll. Man hat in der kirchlichen wie auch in der Tagespresse das eigene volkskirchliche Programm erneut entwickelt und gegen die geplante „Sabotage der Urwahlen“ protestiert, den Gesetzesentwurf als kleinliches Flickwerk voller Umständlichkeiten und Halbheiten abgelehnt. Vor allem aber ist es dann den der Deutschen demokratischen Partei angehörenden Theologen unter Führung von Professor D. Rade gelungen, von Berlin aus in Verbindung mit der Hauptleitung der Partei einen „Ausschuß für kirchliche Ange-

legenheiten“ einzurichten und neuerdings einen „Bund demokratischer Kirchenfreunde“ zu schaffen, ein Seitenstück zu dem auch von Berlin aus begründeten „Bund sozialistischer Kirchenfreunde“, mit der Aufgabe, die Glieder der demokratischen Partei kirchlich zu interessieren und den Einfluß der demokratischen Partei zugunsten des volkskirchlichen Aufbaus der Kirche in die Waagschale zu werfen, um so ein Gegengewicht zu schaffen gegen die „politisch Konservativen“, in denen man die eigentlichen Führer der kirchlich-konservativen Reaktionsbewegung gegen die Urwahlen sieht. Aus diesem Willen floß die demokratische Anfrage in der Preussischen Landesversammlung vom 11. November v. J., die die beiden kirchlichen Gesetzesentwürfe kritisierte als „im Widerspruch zu § 5 der vorläufigen Verfassung und im Widerspruch zu den demokratischen Grundlagen des preussischen Staates“ stehend und daraufhin fragte: „Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um gegenüber diesem Entwurfe eines Gesetzes zur verfassungsgebenden Kirchenversammlung die Rechte des Staates und der der evangelischen Landeskirche angehörigen Staatsbürger zu wahren?“ Zwei Tage später erklärten die drei landesbischöflichen evangelischen Minister, die „hl. drei Könige“, wie sie gern genannt werden, dem Oberkirchenrat, der ihnen im Oktober dem geltenden Recht entsprechend die Entwürfe eingereicht und für den 4. Dezember die Einberufung der Generalsynode beantragt hatte, daß es zur Vermeidung eines Konfliktes zweckmäßiger sei, die Generalsynode nicht einzuberufen, „ehe über die Grundzüge des neuen Wahlgesetzes zwischen dem gesetzgebenden Faktor und den Kirchenkreisen ein gewisses Maß von Einverständnis herbeigeführt ist“, damit der Erlass der notwendigen staatlichen Ergänzungsgesetze hernach keine Schwierigkeiten bereite.

Die Antwort auf diese Haltung der politischen Mächte Preußens war auf kirchlicher Seite ein heftiger Entrüstungsturm, in dem sich zuweilen Kulturlampfstimmen hören ließen und der Weg der Revolution empfohlen wurde als Antwort auf die „unerhörte Vergewaltigung der Generalsynode“, die man nun eben ohne staatsseitige Genehmigung einzuberufen forderte. Es verdient betont zu werden, daß auch kirchlich-liberale und volkskirchliche Führer in der altpreussischen Landeskirche, wie D. Titius, D. Traub, Alfred Fischer u. a. zumindestens den demokratischen Vorstoß, die bekanntgewordenen kirchenpolitischen Leitsätze der demokratischen Partei und ihre Drohung mit der Sperrung der Staatszuschüsse scharf kritisiert und zugleich energisch protestiert haben gegen die unparitätische Behandlung der evangelischen und der katholischen Kirche, der man keinerlei Bedingungen stellte, obwohl deren Bischöfe doch den bekannten Protest der Fuldaer Bischofskonferenz gegen die auf die Kirchen bezüglichen Sätze der Reichsverfassung mitunterzeichnet haben. Da hat sich also gegenüber der staatlichen Einmischung in kirchliche Angelegenheiten die kirchliche Einheitsfront gezeigt. Aber bezüglich der strittigen Urwahlfrage hat natürlich dieses staatliche Veto oder die staatliche Vetoandrohung die Volkskirchenfreunde veranlaßt, im Gegensatz zu den Kulturlampfrüfern zur Revision der Gesetzesentwürfe und auch zur Verständigung mit den drei Ministern zu mahnen. Eine Kundgebung, die der Protestantenverein an den

Oberkirchenrat richtete, bat diesen, „die ursprüngliche Vorlage der Vertrauensmänner, der der Evangelische Oberkirchenrat in seiner großen Mehrheit ursprünglich zugestimmt hat, wiederherzustellen, zumal die nur von einer kleinen Gruppe der preußischen Orthodoxie bekämpften Urwahlen von der orthodoxen Mehrheit der badischen verfassungsgebenden Generalsynode für die badische Kirchenverfassung angenommen worden sind.“ Man fügte hinzu: „Angesichts der Niederlagen, die der kirchliche Liberalismus in Baden und Württemberg bei den Urwahlen erlitten hat, muß es auch dessen Gegnern erkennbar sein, daß wir nicht Parteiinteressen verfolgen, sondern aus kirchlichen Gesichtspunkten und um der Gerechtigkeit willen für die Urwahlen eintreten.“ Man will Urwahlen zwar „nicht als Zwangsmaßregel des Parlaments“, aber „als Vertrauensmaßregel der Kirche selbst“!

Ob man sie erhält? Der Oberkirchenrat ist den Weg der Verständigung, auf den der Brief der drei Minister hingewiesen hatte, inzwischen gegangen; hatte er doch selber damals in der Aera Adolf Hoffmann diesen Weg der vorhergehenden Verhandlungen zwischen Staat und Kirche angeraten. Er hat sich am 15. Dezember 1919 bereit erklärt, zwar nicht mit der Landesversammlung, wohl aber „mit den Herren Ministern bzw. mit der Staatsregierung auf der Grundlage unserer Vorlagen in kommissarische Verhandlungen einzutreten“, unter Heranziehung auch des Generalsynodalvorstandes. Diese Verhandlungen haben im Januar begonnen und haben jetzt eben ihren Abschluß gefunden. Man hört, daß sie den Konflikt beseitigt haben. Die Lösung liegt in der Richtung dessen, was der Ende Januar in Berlin tagende erweiterte Deutsche Evangelische Kirchenausschuß zur Sache gesprochen hatte. Er protestierte zwar gegen jeden Versuch des Staates, auf innerkirchliche Fragen Einfluß zu nehmen, und empfahl den evangelischen Kirchen, dem unbeugsamen Widerstand entgegenzustellen. Aber er schloß dem Protest die Erklärung an: „Forderungen, die der Staat zu stellen geneigt sein könnte, wie eine gerechte Berücksichtigung der städtischen Bevölkerung bei Zusammensetzung der Synoden, Schutz der kirchlichen Minderheiten, Pflege des religiösen Lebens in der Mannigfaltigkeit seiner Formen — entspringen aus dem Wesen der Volkskirche mit Notwendigkeit.“ In diesem Sinn hat sich der preußische Oberkirchenrat bereit erklärt, die Zahl der Zusatzstimmen für die großen Gemeinden zu vermehren und den Entwurf so abändern zu lassen, daß  $\frac{2}{3}$  der gewählten Mitglieder der verfassungsgebenden Kirchenversammlung Laien sein sollen. Sobald eine nach diesen Grundsätzen gewählte Landeskirchenversammlung zusammentritt, wollen die drei Minister ihr Kirchenregiment in die Hände des Oberkirchenrats und des Generalsynodalvorstandes legen und soll auch auf ein ergänzendes Staatsgesetz zu den Beschlüssen dieser Versammlung verzichtet werden.

Alles Weitere wird nun der Generalsynode und der von dieser zu beschließenden Landeskirchenversammlung obliegen. Zunächst wird die Generalsynode, von deren Zusammentritt in der Osterzeit man spricht, zu zeigen haben, daß sie frei von parteipolitischen Hemmungen willens und imstande ist, am Zustandekommen einer dem Geist der Zeit und dem Wesen der Volkskirche entsprechenden Organisation mitzuarbeiten und die ihrer

Spitze beraubte preußische Landeskirche nun wirklich von unten her auf anderen, aber ebenso haltbaren und tragfähigen Fundamenten aufbauen zu helfen. Württemberg und Baden sind vorangegangen! Möge Preußen nicht allzuweit hinter dem, was sie geschaffen haben, zurückbleiben!

D. Zscharnack, Berlin.



### Der Papst und die böhmische Kirchenfrage

Das neueste Heft der *Acta Apostolicae Sedis*, Nr. 2 vom 2. Februar 1920 enthält zwei amtliche Kundgebungen der römischen Kurie zu den kirchenpolitischen Vorgängen in Böhmen. Zunächst ein Handschreiben des Papstes an den Prager Erzbischof vom 3. Januar 1920. Der Papst gibt darin seiner Enttäuschung Ausdruck, gerade aus Böhmen, dessen Volk so oft Gegenstand seiner väterlichen Zuneigung gewesen sei, so betrübliche Nachrichten über den Stand der katholischen Kirche zu erhalten. Er macht es dem Erzbischof und den Bischöfen Böhmens zur ersten Pflicht, alles zu tun, um den offenbar der Gesamtkirche drohenden Gefahren vorzubeugen. Als praktische Maßnahmen schlägt er vor, sobald wie möglich, spätestens aber bis Mitte Februar, in Prag eine Bischofskonferenz zusammenzuberufen. Der Kardinalerzbischof von Olmütz soll gebeten werden, der Konferenz beizuwohnen und dabei den Vorsitz der Ehre halber und auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes zu übernehmen. Die Versammlung der Bischöfe soll Stellung nehmen zu der Priestervereinsigung „Jednota“, der ein Hauptanteil an den kirchlichen Wirren zuzuschreiben sei. Die Bischöfe sollen untersuchen, ob es möglich ist, die „Jednota“ so zu gestalten, daß sie sich in die Bahn der kirchlichen Disziplin einordnet, oder aber ob es besser ist, sie aufzulösen und allen Priestern den Beitritt zu derselben strengstens zu untersagen. Die Hauptforderungen der „Jednota“ sollen so beschieden werden, wie der Papst es dem Erzbischof Kardac bei seiner Romreise und auch der im Juni 1919 nach Rom gesandten Abordnung der „Jednota“ gegenüber getan habe. Nämlich: die Zölibatsgesetze müssen nach wie vor unverändert in Geltung bleiben. Nie und nimmer wird der römische Stuhl eine Abschaffung oder Milderung derselben zulassen. Ebenso sollen die Rechte der Bischöfe unangestastet bleiben und dem Klerus kein Eingriff in dieselben gestattet werden. Nur mit Genehmigung des Papstes soll hierin eine Veränderung stattfinden können. Der sich zu den Vorschriften der Kirche bekennende Klerus soll in seiner Berufsausübung nicht gestört werden. Dies zu erreichen, sollen die Bischöfe sich angelegen sein lassen. Das Schreiben schließt mit einem Hinweis auf den hl. Johannes Nepomuk, der seine Treue zur Kirche mit seinem Tode als Blutzeuge besiegelt habe.

Das zweite Aktenstück ist ein im Namen und Willen des Papstes erlassenes Dekret der für Sachen des Glaubens und der Sitten zuständigen höchsten Kongre-

gation des hl. Offiziums vom 15. Januar 1920. Es wendet sich gegen den Teufel des böhmischen Klerus, der sich von der römischen Kirche losgesagt und zu einer nationalen Kirche zusammengeschlossen hat. Dieses Verbrechen — tantum facinus — soll nach den Vorschriften des kanonischen Rechts verurteilt werden. Die nationale Kirche soll als schismatische Koalition verworfen, verdammt und verflucht sein. Jeder sich zu ihr bekennende Priester verfällt ohne weiteres der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation. Falls sie im Irrtum schmachlich verharren, soll mit allen durch das kanonische Recht verfügbaren Strafen und Abhängungen gegen sie eingeschritten werden. Dieses Dekret soll allen Gläubigen bekannt gegeben werden, um sie vor dem Anschluß an die schismatische Kirche zu warnen und vor einer ähnlichen Verdammung zu bewahren.

Das Dekret der Offiziumskongregation ist in energischem, unversöhnlichem Ton gehalten, enthält aber indirekt die Anerkennung einer selbständigen böhmischen Nationalkirche. Das Handschreiben des Papstes bewegt sich hingegen in milderem Ausdruck und empfiehlt sogar Verhandlungen mit der von den Bischöfen schon abgewiesenen „Jednota“. Darin ist zweifellos ein diplomatischer Schachzug des Vatikans zu erblicken. Ein allzu festes Anpacken der „Jednota“ hätte die Sache der böhmischen Nationalkirche nur fördern können. Das beweist, welche Bedeutung man in Rom der „Jednota“ tatsächlich zumißt. Zu Verhandlungen bequemt man sich in Rom nur mit einem Gegner, den man fürchtet. Notgedrungen werden sich also die böhmischen Bischöfe auf der Februarversammlung mit den Führern dieser zielbewußt das Recht nationaler Eigenart verteidigenden Priester-Vereinigung auseinandersetzen müssen. Ohne Zweifel bedeutet die Tagung einen Markstein in der kirchengeschichtlichen Entwicklung der Neuzeit. Ueber den Verlauf derselben wird an anderer Stelle in dieser Zeitschrift berichtet werden.

G. W. Sleidan.



### Die Übertrittsbewegung des Jahres 1919 in der deutschen evangelischen Kirche in der Tschechoslowakischen Republik.

Pfarrgemeinden	Übertritte in die evang. Kirche			Austritte aus der evang. Kirche			Gew. oder Verlust
	a. d. röm. K.	andere	zus.	im Drgl. zu 1918	in d. röm. K.	andere	zus.
I. Acher Superintendent.							
1. Aß	33	—	33	+ 6	—	9	9 + 7
2. Auenberg	2	—	2	—	—	—	— + 2
3. Rößbach	—	—	—	—	2	1	3 + 3
zus.	35	—	35	+ 6	2	10	12 + 10

Pfarrgemeinden	Übertritte in die evang. Kirche			Austritte aus der evang. Kirche			Gew. oder Verlust
	a. d. röm. K.	andere	zus.	im Drgl. zu 1918	in d. röm. K.	andere	zus.
II. Eger-Seniorat							
1. Budweis	9	—	9	+ 2	—	1	1 + 8
2. Deutsch-Horschowitz	3	—	3	+ 3	2	—	2 + 1
3. Eger	33	—	33	+ 14	—	4	4 + 29
4. Falkenau *)	139	1	140	+ 101	4	—	4 + 136
5. Fleiß	2	—	2	—	—	—	— + 2
6. Görfan-Unterhaus	6	—	6	—	—	—	— + 6
7. Karlsbad	40	6	46	+ 21	6	—	6 + 40
8. Komotau *)	34	4	38	+ 21	4	—	4 + 34
9. Marienbad	8	—	8	—	1	—	1 + 7
10. Pilsen	14	1	15	— 22	1	—	1 + 14
11. Saaz *)	123	1	124	+ 116	6	—	6 + 118
12. Weipert	9	—	9	+ 8	2	—	2 + 7
zus.	420	13	433	+ 259	26	5	31 + 402
III. Elbe-Seniorat							
1. Auisig	110	7	117	+ 45	7	4	11 + 106
2. Bodenbach-Teitschen	59	2	61	+ 18	8	4	12 + 49
3. Bräy *)	41	—	41	+ 17	1	1	2 + 39
4. Dug *)	27	—	27	+ 3	3	1	4 + 23
5. Haber	4	—	4	—	3	—	3 + 1
6. Karbitz	20	—	20	+ 13	—	—	— + 20
7. Leitmeritz *)	21	5	26	+ 17	8	—	8 + 18
8. Obersiedlitz-Krammel	3	2	5	+ 18	1	—	1 + 34
9. Prag	30	26	56	— 22	4	6	10 + 46
10. Rosendorf *)	9	—	9	— 4	4	—	4 + 5
11. Teplitz-Schönan *)	126	12	138	+ 78	10	4	14 + 124
zus.	480	54	534	+ 179	49	20	69 + 465
IV. Iser-Seniorat							
1. Braunan	3	—	3	+ 1	—	—	— + 3
2. Friedland *)	17	—	17	+ 7	4	—	4 + 13
3. Gabloz	133	1	134	+ 57	9	6	15 + 119
4. Grottau *)	63	8	71	+ 29	3	1	4 + 67
5. Haida *)	11	—	11	+ 4	—	—	— + 11
6. Hermannseifen	3	—	3	+ 4	—	—	— + 4
7. Hohenelbe *)	3	—	3	+ 12	4	—	4 + 1
8. Mittellangenan	6	—	6	+ 5	1	—	1 + 5
9. Reichenberg *)	146	7	153	+ 47	12	6	18 + 135
10. Rumburg	15	1	16	+ 10	1	1	2 + 14
11. Trautenau *)	52	9	61	+ 47	8	—	8 + 58
12. Warnsdorf	25	2	27	+ 15	8	8	11 + 16
zus.	501	30	531	+ 227	43	22	65 + 466
Deutsch-Böhmen zus.:	1436	97	1533	+ 671	120	57	177 + 1356
V. Mähren.							
1. Brünn	148	20	168	+ 69	5	19	24 + 144
2. Chrastitz	3	—	3	+ 5	2	—	2 + 1
3. Hohenstadt	5	—	5	— 6	—	—	— + 5
4. Jglau	14	3	17	—	2	1	3 + 14
5. M.-Schönberg	14	—	14	—	1	—	1 + 13
6. Neutitschein	19	—	19	+ 3	—	2	2 + 17
7. Olmütz	37	—	37	+ 16	13	—	13 + 24
8. Znojmo	6	—	6	+ 2	4	—	4 + 2
9. Znojmo	23	—	23	+ 12	7	—	7 + 16
zus.	269	23	292	+ 87	34	22	56 + 236
VI. Schlesien.							
1. Freiwaldau	5	1	6	+ 6	5	—	5 + 1
2. Freudenthal	11	1	12	+ 4	3	—	3 + 9
3. Hillersdorf	7	—	7	+ 4	6	—	6 + 1
4. Jägerndorf	23	1	24	+ 12	5	—	5 + 19
5. Klein-Bressel	4	—	4	+ 4	4	—	4 + 3
6. Troppan	42	6	48	+ 33	3	—	3 + 45
zus.	92	9	101	+ 63	26	—	26 + 75
im ganzen Kirchengebiet	1797	129	1926	+ 821	180	79	259 + 1667

## Anhang: Einzelne Teile größerer Pfarren in einden

Pfarrgemeinden und Predigtstellen	Eintritte in die evang. Kirche				Austritte aus der evang. Kirche				Gew. oder Verlust
	a. d. röm. K.	andere	zus.	im Orgl. zu 1918	in d. röm. K.	andere	zus.	im Orgl. zu 1918	+ oder -
zu II, 4: Falkenau	26	—	26	+17	4	—	4	+2	+22
Chodan	12	1	13	+9	—	—	—	—	+13
Graslitz	101	—	101	+75	—	—	—	—	+101
zu II, 8: Komotau	26	4	80	+18	2	—	2	+2	+28
Kauden	8	—	8	+3	2	—	2	+1	+6
zu II, 11: Saaz	120	1	121	+114	6	—	6	+2	+115
Poderšam	3	—	3	+2	—	—	—	—	+3
zu III, 3: Brüx	27	—	27	+6	—	1	1	+1	+26
Oberleutensdorf	14	—	14	+11	1	—	1	+1	+10
zu III, 4: Dug	19	—	19	+1	—	—	—	+1	+19
Bilin-Hofstomitz	8	—	8	+2	3	1	4	+4	+4
zu III, 7: Leitmeritz	19	5	24	+18	4	—	4	+3	+20
Trebnitz-Kobowitz	2	—	2	+1	4	—	4	+3	+2
zu III, 10: Rosendorf	2	—	2	—	1	—	1	+1	+1
Bensen	1	—	1	—	3	—	3	+3	+2
B.-Kamnitz	3	—	3	+2	—	—	—	—	+3
Steinbödenau	3	—	3	+6	—	—	—	—	+3
zu III, 11: Teplitz	51	12	63	+28	5	3	8	+7	+55
Börsenau	1	—	1	+1	1	—	1	+1	—
Eichwald	24	—	24	+19	1	—	1	+1	+23
Graupen	13	—	13	+11	—	—	—	—	+13
Klostergrab	12	—	12	+10	—	—	—	+2	+12
Turn	22	—	22	+7	2	1	3	+3	+19
Wipertsdorf	3	—	3	+2	1	—	1	+1	+2
zu IV, 2: Friedland	15	—	15	+10	4	—	4	+2	+11
Neustadt a. d. T.	2	—	2	+3	—	—	—	+2	+2
zu IV, 4: Grottau	63	7	60	?	3	1	4	?	+56
Kragau	10	1	11	?	—	—	—	?	+11
zu IV, 5: Haida	6	—	6	+2	—	—	—	—	+6
Böhm.-Leipa	2	—	2	+1	—	—	—	+3	+2
Lindenau	3	—	3	+3	—	—	—	+1	+8
zu IV, 7: Hoheneibe	1	—	1	+9	3	—	3	+1	+2
Rochlitz	2	—	2	+3	1	—	1	+1	+1
zu IV, 10: Reichenberg	132	7	139	+46	11	4	15	+4	+114
Deutsch-Gabel	8	—	8	+6	1	—	1	—	+7
Niemes	2	—	2	+2	—	—	—	+1	+2
Zwickau	4	—	4	+3	—	2	2	+2	+2
zu IV, 12: Trautenau	30	4	34	+24	2	—	2	—	+32
Grulich	22	5	27	+23	1	—	1	+2	+26

Die Uebertrittsbewegung hat also im Jahre 1919 einen außerordentlichen Aufschwung erfahren — zum Teil eine Folge des Zusammenbruches des k. k. (kaiserlich-königlichen oder katholisch-kerikalischen) Oesterreich. Die Zahl der Uebertritte zur evangelischen Kirche ist im Vergleich zum Jahre 1918 um 77 vom Hundert, in Böhmen allein um 78 %, der Gewinn für den Protestantismus um 86 %, in Böhmen allein um 88 %, gestiegen. Im Vergleich zum Jahre 1917, in dem bisher der größte Tiefstand erreicht war, haben sich die Zahlen gerade verdoppelt. Man muß schon weit zurückgehen, um auf ähnliche Zahlen zu treffen. Nur in den ersten 4 Jahren der Uebertrittsbewegung (1899—1902) sind höhere Zahlen erreicht worden (1902 in Böhmen 1690 Uebertritte).

An der Spitze der Uebertrittsgemeinden steht die der Landeshauptstadt Mährens (168 Uebertritte); es folgen Reichenberg (153), Falkenau (140), Teplitz (138), Gablonz (134), Saaz (124), Aussig (117), Jodan Grottau (71), Trautenau (61), Bodenbach (61), Prag (56).

Den größten Aufschwung hat die Bewegung gehabt in Saaz (+ 116), Falkenau (+ 101), Teplitz (+ 78), Gablonz (+ 52). Saaz hat seine hohe Zahl der Uebertrittsbewegung in Stankowitz, über die berichtet worden ist, und Falkenau einem neuen Antriebe der Bewegung in Graslitz (+ 75) zu verdanken.

Ein größerer Rückgang ist nur in Prag und Pilsen zu verzeichnen (an beiden Orten um 22). Darin spiegeln sich die nationalen Verhältnisse ab. In Prag kommt der Rückgang auf die Abnahme

der Judentanen. In Prag suchen Juden, die sich evangelisch taufen lassen, jedenfalls mehr als früher die tschechischen evangelischen Gemeinden auf. Pilsen aber wird immer mehr von der deutschen Bevölkerung überhaupt verlassen. — ck —

## Aus Welt und Bett

„Das Ausland lacht über uns“ meinte Erzbergers Verteidiger, als er sonst gar keinen Pfeil mehr in seinem Köcher hatte und selbst erklären mußte, es wäre ehrlicher, wenn Helfferich gänzlich freigesprochen als wenn er zu den ihm vom Untersuchungsausschuß geläufigen 300 Mk. verurteilt würde. Wir glauben, daß das Ausland, wenn es nach Deutschland herüberschaut, über ganz andere Dinge lacht, daß es aber den nun seinem wie es scheint einem glücklichen Ende sich nähernden Versuch, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Leben wiederherzustellen, nur mit Wohlgefallen zuschauen wird. Noch ist ja das Urteil nicht gesprochen, aber Herr Erzberger ist so erledigt, wie ein einst allmächtiger Staatsmann nur erledigt sein kann. Uns ist allerdings das Bild, das die Gerichtsverhandlung aufgerollt hat, nicht zum Lachen gewesen. Von den Hustenzuckern bis zur Schwerindustrie, vom Tiefbau bis zum Viehhandel — nichts ist dem Mann, den die Abberiten Wielandschen Ungedenkens in den Reichstag gesandt haben, zu groß und zu klein gewesen. Daß er, der Steuerkato nebenbei in seinen eigenen Steuererklärungen recht vorsichtig gewesen, wirkte fast nur noch als ein erheiternendes Bildchen im großen Bilde.

Wir haben uns aufrichtig gefreut, daß in der ganzen Gerichtsverhandlung, ja in der ganzen Ehrennotwehr des deutschen Volksgeistes gegen den Reichsverderber, die schon seit zwei Jahren die Öffentlichkeit beschäftigte (solange hats ja gedauert, bis man Herrn Erzberger zum Wege vor den Richter veranlassen konnte), das Konfessionelle auch nicht die geringste Rolle spielte. Erzberger hätte gewiß gerne ein paar tausender springen lassen, wenn er hätte behaupten können, daß die „Hetze“ gegen ihn auf der „Katholikenfeindschaft“ beruhe. Die Verantwortung für ihn trägt in erster Linie das politische Zentrum. Wir müssen der DCK beipflichten, wenn sie schreibt:

„Die Köln. Volksztg. will der „Begriffsverwirrung“ steuern, die sich angeblich im Fall Erzberger breit mache. Das Zentrum, das bekanntlich seit jener Juliresolution 1917 sich der Führung Erzbergers anvertraut hat, soll mit all den Dingen, die Herrn Erzberger mit „Recht oder Unrecht (sic!) zur Last gelegt werden, nichts, aber auch gar nichts zu tun haben.“ Ja, aber kennt das Zentrum seinen Erzberger, der in unzähligen Fällen sein geschäftstüchtigster Sachwalter gewesen ist, erst seit dem Moabiter Prozeß? Soll man wirklich glauben, daß der Mann, der so sicher und unbekümmert um die Kontrolle der Partei den Hans Dampf in allen Gassen, wo ein Geschäft zu machen war, spielte, für seine Parteigenossen immer nur als der Mann galt, der überhaupt nichts von Geschäften verstand und der niemals Politik und Privatbereicherung miteinander verquidete. Gerade die „Köln. Volksztg.“ hat doch oft genug durchblicken lassen, daß sie mehr wußte, als sie sagen durfte. Schrieb sie doch im Mai 1918: „Keine Partei hält auf die Dauer einen Wortführer aus, dessen persönliche Politik so viele Schattenseiten hat, wie diejenige des Abgeordneten Erzberger.“ Das Zentrum hat ihn doch ertragen, ja, in der schlimmsten Schicksals-

zeit des deutschen Volkes, als auch die sittlichen Grundlagen zusammenbrachen und die Gefahr einer fast allgemeinen Korruption offen zutage trat, da hat das Zentrum ihn sogar zum Wortführer der deutschen Regierung gemacht und ihm ein Amt anvertraut, das am ehesten eine reine Weste und eine reine Hand forderte, das Reichsfinanzministerium. Das tat dieselbe Partei, die sich stets als die Vorkämpferin für die höchsten sittlichen und religiösen Güter gebärdet. Sie wird und kann mit der Ausrede, die ihr über die schwierige Situation hinweghelfen soll, keinen Glauben finden, daß sie von den „politisch-geschäftlichen Methoden und gewissen Charaktereigenschaften“ Erzbergers keine Kenntnis gehabt habe und für sie nicht verantwortlich sei. Das Zentrum ist viel zu klug, als daß es einen Mann zu seinem Führer und Vorkämpfer machte, den es nicht bis in die Nieren und bis in die Taschen geprüft hätte. Von ihm hat Erzberger den Einfluß, den er zugunsten seines Privatkontos ausnützen konnte, und der „Kuhhandel“, mit dem das Zentrum schon vor Erzberger Politik zu machen verstand und Parteivorteile einhandelte durch politische Geschäftshuberei: das ist die Vorfrucht für die Geschäftspraxis, mit der Erzberger den verschiedensten Geldgebern bei der Vertretung ihrer Interessen half, wobei dann eine Hand die andere wusch.

Die nächsten Tage werden ja zeigen, wie sich die Leitung des Zentrums aus der unangenehmen Lage herauszuwinden suchen wird. Die nächsten Wahlen werden aber enthüllen, was die ernst und deutsch gesinnten Zentrumswähler für Folgerungen aus der Verhandlung von Moabit ziehen werden.

7. 3. 1920.

Hr.

### Wochenplan Deutsches Reich

Demokratische Strömungen im deutschen Katholizismus. In Süddeutschland wird die Tatsache viel bemerkt (so 3. B. in der München-Münchener Abendzeitung vom 18. 2. 1920), daß sich der Fastenhirtenbrief des Münchener Erzbischofs Dr. von Faulhaber sehr entschieden gegen die Forderung einer Demokratisierung der Kirche wendet. Die Gründung eines Landesverbandes des bairischen Klerus, der die Grenzen der einzelnen bischöflichen Sprengel überschreitet, wurde von den Bischöfen nur sehr ungern gesehen. Stimmen wie die des katholischen Priesters Franz Mertens über „die Sklaverei der katholischen Geistlichen“ (vgl. dazu Wartburg folge 7/8) scheinen doch nicht so ganz vereinzelt zu sein. Wenn ein Bischof gegen eine solche Erscheinung das schwere Geschütz des Hirtenbriefs aufmarschieren läßt, so wird er ja seine Gründe dazu haben.

Obgleich hier von bayerischen Verhältnissen ausgegangen wird, könnte man auch im preussischen Ministerium diesen Verhältnissen einige Aufmerksamkeit schenken. Dort glaubt man ja davon auszugehen zu müssen, daß der Staat der katholischen Kirche gegenüber eigentlich nichts zu tun habe, als ihr, d. h. der kirchlichen Hierarchie, in allen Stücken freie Hand zu lassen, während er in die evangelische Kirche um jeden Preis hineinregieren muß, um ihr zu der ihrem Wesen entsprechenden Verfassung zu verhelfen. — Von Kaiser Josefs des 2. Reformen urteilt ein geistvoller Geschichtsforscher, daß sie scheitern mußten, weil er die zarte Blume der Freiheit in der gepanzerten Faust des Kabinettsbefehls gereicht habe. Die umgekehrten Josefiner von heute, die die Trennung von Kirche und Staat mit starker Beeinflussung der Kirche durch den Staat beginnen wollen, scheinen aus seinen Erfahrungen nichts lernen zu wollen. Aber wenn schon — ihr Herren, auch in der katholischen Kirche ist viel Streben nach freiheitlicher Entwicklung! Wenn ihr das überseht, so wird die evangelische Kirche nur schwerlich an die Selbstlosigkeit eurer Absichten ihr gegenüber glauben!

### Oesterreich

Persönliches. Pfarrer Haase hat sein Pfarramt zu Stainz (Steiermark) niedergelegt, um in den Dienst der evan-

gelischen Kirche in Südbrafilien, im Staat Rio Grande do Sul, zu treten. — Eine treue Freundin der evangelischen Kirche Oesterreichs starb am 1. März 1920 zu Dresden: Frau Hermine Mäbius, Schriftstellerin und Schuldirektorswitwe. Auf längeren Reisen durch Deutsch-Oesterreich lernte sie die Sorgen und Nöte der evangelischen Gemeinden kennen und setzte sich in Wort und Schrift eifrig für sie ein. Auch Rosegger konnte sie dabei nähertreten; im Verein mit dem ihr im Tode vorangegangenen Gatten hat sie ihm ein Lebensbild gewidmet. — Ein tragisches Schicksal ließ den Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde von Barcelona Friedrich Hommel an der Grippe sterben, nachdem er gerade aus 4-jähriger Zivilgefängenschaft aus Frankreich zurückgekehrt war (er war auf dem Wege zu seinem Pfarramt von den Franzosen von seinem Schiffe heruntergeholt worden). Dem evangelischen Oesterreich ist er als Vikar von Graz bekannt geworden, von wo er auch seine Frau, geb. Selle, geholt hat.

Der deutschen evangelischen Kirche in der tschechoslowakischen Republik haben sich noch angeschlossen die Gemeinden A. B. in Mähr. Ostrau (5500 Seelen), Friedek (bisher Filialgemeinde von Kameral-Elgoth, 1100 Seelen), Oderberg (bisher Filialgemeinde von Orlau, 900 Seelen), sämtlich in Schlesien, sowie die Gemeinden Helvet, Belz und Kuttelberg in Schlesien (450 Seelen) und Tschenkowitz (bisher Filialgemeinde von Böhmisches-Rothwasser, 200 Seelen). Die Kirche zählt also jetzt etwa 110 000 Seelen.

Soeben vor Abschluß dieser Folge geht uns der Entwurf zur Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in der tschechoslowakischen Staatsz. zu. Er bildet eine sehr umfangreiche Drucksache mit 310 Paragraphen in 6 Abschnitten. Die neue Verfassung scheint sich sehr stark an die alte evangelische Kirchenverfassung für Oesterreich anzulehnen, nicht immer zu ihrem Vorteil. Der wichtigste Unterschied gegenüber dem Vorbild ist, daß die eine Zwischenstufe zwischen der Gemeinde und der Kirchenleitung aufgegeben ist. Wir werden auf den Entwurf noch zurückkommen.

Uebertritte zur tschechoslowakischen Nationalkirche. Wie das Wiener Alldeutsche Tagblatt (50) dem „Nar. Denn.“ entnimmt, hat sich die bisher römisch-katholische Pfarrgemeinde Tenschowitz bei Turnau mit allen Bewohnern zur tschechoslowakischen Nationalkirche gemeldet. Die Gemeinde zählt angeblich in 25 Ortschaften 5000 Seelen.

Die deutsche evangelische Kirchenleitung in der tschechoslowakischen Republik (Senior Wehrenfennig) in Gablonz a. d. N. teilt allen Gemeinden mit, daß das Staatspauschale für die deutschen evangelischen Gemeinden in der tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1919 im Ganzen K 200 000 beträgt, wovon K 21 080 bereits bewilligt sind. Es wurde die Forderung gegeben, daß die gesamte verwilligte Summe an die Kirchenleitung nach Gablonz gesandt werden wird, die sodann die Verteilung vornehmen soll.

Eine Abordnung der deutschen evangelischen und der tschechischen brüderischen Kirche wurde vom Minister Habermann empfangen. Diese ersuchte die Regierung um eine angemessene Erhöhung der Unterstützung für die evangelischen Schulen und um Gewährung der vollen Pensionsrechte für evangelische Lehrer gleich jenen an den öffentlichen Schulen. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Staat für je 80 Kinder eine Jahresunterstützung von K 6000 gewährt und später die Besoldung der Lehrer übernimmt, während die Gemeinden den sachlichen Schulaufwand zu leisten haben werden.

Die Bestätigung von Pfarrern und Vikaren wird dann erfolgen können, wenn die politische Landesstelle vom Ministerium Weisungen erhalten hat.



### Bücherschau

#### Vom Kampf um die Weltanschauung

Der Leuchter. Weltanschauung und Lebensgestaltung. Darmstadt, W. Reichl. 418 S. 15 Mk.

Eine Sammlung hochstehender Aufsätze zur neuen Lebensgestaltung, inhaltlich sehr verschiedenwertig. A. v. Gleichen-Rufwurm schreibt vom kommenden Menschen, der in der schweren Zeit von seinem ethischen Ideal getragen sein muß, H. von Keyserling über unsern Beruf in der veränderten Welt, der im Sozialismus als Idee der Solidarität besteht, L. v. Wiese über Europa als geistige Einheit, Jak. v. Uexküll über den Organismus als Staat und der Staat als

Organismus, Fr. Wichert über die Umkehr, Herm. Hefele über den politischen Katholizismus, Max Scheler in sehr schiefer Einstellung über die angeblich durch den Protestantismus verursachten Erbkrankheiten der Maßlosigkeit und Innerlichkeit (1), Ernst Troeltsch tief und geistvoll über deutsche Bildung, Karl Hauptmann mystisch über die Seele, Fr. Liebergall in bekannter lichtvoller Weise über den Aufstieg der Seele, Rud. v. Delius über das Verständnis der Seele, Arthur Bonus in dem Gespräch „der Physiker“ über das Verhältnis von Geistigem und Mechanischem, Hans Driesch tiefgreifend über Philosophie und positives Wissen, Arthur Liebert über die Zukunftsaufgaben der Philosophie. Unter vielerlei vieles.

#### für und wider den Pacificismus

D. Otto Baumgarten, Friedenspredigt. Gehalten in der Universitätsaula zu Kiel am 13. Juli 1919. Ebingen, J. C. B. Mohr 1919. 8 S. gr. 8°. Mf. — 40 + 50 %.

Ernst Böhme, Was hat die Kirche vor dem Kriege unterlassen? Winnenden, Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur 1919. 18 S. Mf. — 80.

Paul Fischer, Jesus und die Friedensfrage. Stuttgart, Evangelischer Volksbund 1919. 33 S. Mf. — 75.

Adolf Dörrfuß, Was sagt das Christentum zum Krieg? Ebenda 1919. 27 S. Mf. — 55.

Baumgartens Predigt und Böhmes Schrift vertreten den „pazifistischen“ Standpunkt, Fischer und Dörrfuß, auch dem Friedensgedanken zugeneigt, treten gedankenloser Verquickung der Frage mit christlichen Schlagwörtern entgegen.

#### Erbauliches

Rittelmeyer, Die deutsche Not im Lichte Jesu. Acht Kanzelreden über die Seligpreisungen. München, Chr. Kaiser. Geh. Mf. 2.50, geb. Mf. 4.20.

Daß es wiederum geistvolle, tiefe, fromme Reden sind, reich an feinen Beobachtungen, tiefen Gedanken, treffenden Bildern und wertvollen Zitaten, versteht sich bei Rittelmeyer von selbst. Die Hauptsache aber scheint mir, daß es ihm wirklich gelingt, die Seligpreisungen

Jesu aus der deutschen Not heraus erleben zu lassen und in die deutsche Not hinein das Licht und die Kraft zu tragen, die in den Seligpreisungen enthalten sind. Allen, die unter dem Druck der gegenwärtigen Not besonders leiden, die der inneren Aufrichtung bedürfen und für ihr Vaterlandsgefühl neuen Inhalt und neue Tiefe suchen, seien diese Kanzelreden aufs wärmste empfohlen.

Kochling.

#### Kunst

Der Verlag für Volkskunst Richard Kentel, Stuttgart, bietet eine reiche Fülle wertvoller Bildwerke zu verhältnismäßig geringem Preise. Da ist vor allem Karl Bauers Goethe (70:100 cm) in ganz wundervoller Ausführung, Feuerbachs Iphigenie und Richters Abendandacht. Sie sind auch alle meist in kleinerem Format zu haben (27:36 cm), die großen Blätter zu 15 Mf., die kleinen zu 3 Mf. Und dazu dann die entzückenden Casparischen Kinderfrieze, ebenfalls in zwei Größen, zu 10 und 3 Mf. oder etwa die farbigen Kunstgaben in prächtigen Geschenkmappen mit je 6 Bildern für 12 Mf., wie „Die deutsche Jugend unser Heimatglück“, Mappen mit Bildern von Burnand, R. Schäfer, Richter, Schwind, Liebig und vielen andern.

Mit.

**Folge 11/12 wird zum 26. März ausgegeben.**

#### Berichtigung

Ein Schreibfehler machte in unserer Folge 7/8 aus dem verstorbenen Wiener Professor Leopold von Schröder einen Alexander von Schröder.

Inhalt: Altes und Neues. An die deutsche Nation. Von Fichte. — Vom Werden der Volkskirche. 6. Die Kirchenfrage in der preussischen Landeskirche. (Schluß.) Von Prof. D. Scharnack. — Der Papst und die böhmische Kirchenfrage. Von G. O. Sleidan. — Die Uebertrittsbewegung des Jahres 1919 in der deutschen evangelischen Kirche in der Tschechoslowakischen Republik. Von —. — Aus Welt und Zeit. Von Fr. — Wochenschau. — Bücherschau.

### Prächtige Konfirmationsgabe.

## Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort!

Ein Hausbuch von deutsch-evangelischem Leben.  
Bearbeitet von Sup. Dr. M. Heber u. Stiftslehrer Gotthold Schürer  
Herausgegeben vom Lutherverein

Mit 7 Bildern v. Schäfer, Uhde, Behle, Edw. Otto u. Ludwig Richter  
Preis gebunden M. 8.—

Was deutsch-evangelisches Leben ist, das wird hier in erhebender Anschaulichkeit gezeigt. Dies Buch ist ein fröhliches und inniges Bekenntnis zu deutsch-evangelischer Art, mit seinen schönen Erzählungen, feinsinnigen Dichtungen und lebensstarken Anregungen wird es viel Erhebung bringen und Segen geben und zu einer Fundgrube werden für alle, die Freude an evangelischem Leben haben. **Es gehört in jedes evangelische Haus!**

Verlag von Arwed Strauch in Leipzig

### Solide Einbanddecken

zu allen Jahrgängen der „Wartburg“ sind wiederum vorrätig  
Preis M. 4.50, einschließlich Porto M. 4.80 das Stück.  
Verlagsbuchhandlung Arwed Strauch, Leipzig, Hospitalstr. 25.

## Vikar

für Janz gesucht. Gehalt 5000 K. nebst freier Wohnung, Beheizung u. Beleuchtung. Bewerbung bis Ende März an

Pfarrer Biegenspeck.

### Haus

von unaf. 8 Zimmern mit größeren Garten in kleiner Stadt mit ländlicher reizvoller Umgebung (etwa an See, Fluß oder Wald)

### zu kaufen gesucht,

Süd- od. Mitteldeutschland bevorzugt.

Ausführliche Zuschriften an die Geschäftsstelle der Wartburg, Arwed Strauch, Leipzig, Hospital-Str. 25, unter Süddeutschland erbeten.

Wer Theater spielen lassen will verlange

Auswahlsendung geeigneter Stücke der

Jugend- u. Volksbühne vom Verlag von Arwed Strauch in Leipzig.

Werbet f. d. Wartburg.

Es erschien:

### Kirche u. Demokratie.

Von

D. Gottfried Naumann,  
Universitätsprofessor.

24 Seiten. 60 Pfg.

Die prinzipiellen Ausführungen des bekannten Verfassers verdienen weiteste Beachtung.

Verlag von Arwed Strauch in Leipzig.

## Ebr. 10,25

Ein Schicksal im Predigten.  
Verlangen Sie eine Besondere vom  
patmos-Verlag Wartburg,  
Neudammstr. 7.

Verantwortlicher Schriftleiter: Pfarrer H. Fr. Hochstetter, Berlin-Nordend (Post Niederhörschhausen). Für die Anzeigen verantwortlich: Arwed Strauch, Leipzig, Hospitalstr. 25. Verlag von Arwed Strauch in Leipzig. — Druck von Richard Schmidt, Leipzig-R.